

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Korrespondenz-Redaktion
Johannisstraße 33.
Besprechungen der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Anf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Karl Köhler, Katharinenstr. 16, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4 1/2 M.,
incl. Frachtkosten 5 M.,
wenn die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerepliar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserat 5gep. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut anserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postwechsel.

№ 230.

Sonntag den 18. August 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung, Einkommensteuer betr.

Im Anschlusse an unsere Bekanntmachung vom 18. d. M., Inhalt deren wir uns vorbehalten haben, ist diejenige Beitragspflichtigen, welchen ihre Einkommensteuerleistungen nicht haben bezeugt werden können, den Tag zu bestimmen, von dem ab — nach §. 46 des Einkommensteuergesetzes vom 29. December 1874 — sich wegen Mittheilung des Einkommensergebnisses an unsere Stadt-Steuer-Einnahme, Ritterstraße 15, Georgenhalle II. Etage links, zu wenden haben und von dem ab — nach §. 49 des eben angezogenen Gesetzes — ihre Reclamationen zu berechnen ist, bestimmen wir nunmehr und nachdem die Aufstellungen, soweit es möglich war, bedingt worden sind, als diesen Tag
den 5. August dieses Jahres.

Für die im Laufe des Steuerjahres nach hier verlegenen und hier steuerpflichtig werdenden Personen verweisen wir auf den ersten Satz des unten beigedruckten §. 47 des Einkommensteuergesetzes mit dem Bemerkten, daß ein Nichtbeachten dieser gesetzlichen Bestimmung nach dem Schlusse des §. 68 eine Geldstrafe bis zu 50 Mark nach sich zieht.
Leipzig, am 31. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Laube.

§. 47. Wer im Laufe des Jahres steuerpflichtig wird, hat binnen 3 Wochen, vom Eintritt des die Beitragspflicht begründenden Verhältnisses an gerechnet, der Gemeindebehörde davon Anzeige zu machen und den Betrag seines Einkommens zu declariren.

Bekanntmachung.

In der Guttrichter Straße, sowie in der Straße B des nördlichen Bebauungsplanes sollen Schleusen II. Klasse hergestellt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Schleusen in der Nordvorstadt“
versehen ebenbaldig und zwar bis zum 26. August l. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 13. August 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Nachdem den Herren Wör & Hermann von uns Erlaubnis zur Aufstellung von Placatstelen und Anbringung von Placatstelen erteilt worden ist und die Benannten angezeigt haben, daß sie diese Einrichtungen vom 15. d. M. ab dem Publicum zugänglich machen werden, so bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von diesem Tage an alles und jedes Anschlag von Placaten an Communengebäuden und den der Commun gehörigen Einfriedigungen nicht mehr gestattet ist.
Leipzig, den 13. August 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

In der innern Stadt sollen die bisher gepflasterten Fußwege von Hauseingängen, welche ferner nicht als Einfahrten zu dienen haben, mit Granitplatten belegt und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besigliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Granittrötre der Hauseingänge in der innern Stadt“
versehen ebenbaldig und zwar bis zum 26. August l. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 14. August 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Das 27. und 29. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes sind bei uns eingegangen und werden bis zum 4. September d. J. auf dem Rathhaussaale öffentlich ausbängen. Derselben enthalten:
Rt. 1263. Gesetz, betreffend die Revision des Servitars und der Gläubigereinteilung der Orte.
Som 3. August 1878.
1265. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Som 9. August 1878.
Leipzig, den 15. August 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Die Chancen des Socialistengesetzes.

Wir konnten schon gestern hervorheben, daß sich die nationalliberale Presse mit großer Zurückhaltung der Regierungsvorlage gegenüber geäußert, während die Organe der Fortschrittspartei den Entwurf bereits klipp und klar ablehnten. Die ultramontane Presse verhält sich, der Tactik dieser Partei entsprechend, die zunächst auf Zerwürfnisse zwischen den anderen Parteien speculirt, um ihr Schicksal ins Trockene zu bringen und sich bald nach rechts, bald nach links ans Vaterland „werfen“ zu machen, noch zuwartend, um sich für die bevorstehende Reichstagskampagne nicht die Hände zu binden. Für die gemäßigten liberalen Partei kann die Stellung zu dem Gesetze nicht zweifelhaft sein; es tritt an sie die Pflicht heran, im Verein mit den Conservativen der Regierung die Hand zu bieten, um die Abwehr der dem Staate und der Gesellschaft durch das rapide Wachstum der Socialdemokratie drohenden Gefahren auch praktisch wirksam zu machen. Es wäre aber dennoch eine Thorheit, in einigen Sätzen die ganze Vorlage schon jetzt für vollständig acceptabel zu erklären. Fürs erste, handelt es sich darum, die Chancen zu erwägen, welche der Entwurf hat, um in der einen oder anderen Gestalt zum Gesetze erhoben zu werden. Die R.-V. E. stellt darüber folgende Erwägungen an.

Was kann die Zahl derjenigen Abgeordneten, die unbedingt und ohne auch nur den Versuch einer Aenderung gegen den vorliegenden Entwurf und überhaupt wohl gegen jedes Eingreifen der Gesetzgebung in die sociale Frage sich ablehnend verhalten, schon jetzt mit ziemlicher Genauigkeit aufzählen. Schon bei den Wahlen stand ja die Socialistenfrage so sehr im Vordergrund, daß die meisten Candidaten in ihren Wahlreden und Wahlprogrammen ganz bestimmte Stellung zu dieser Angelegenheit nehmen mußten. In mehr als einem Wahlkreise haben die Socialdemokraten ihre Unterstützung nur gegen ganz bestimmte Versprechungen in der Frage der „Ausnahme-Gesetze“ verkauft. Was noch an Unklarheit in dieser Beziehung zurückgelassen sein mochte, das wird durch die Betrachtungen beseitigt, mit welchen die Presse der verschiedenen Parteien den Gesetzentwurf ausgenommen hat. Die Organe der Fortschrittspartei haben sich mit einer Energie gegen das „Nachwerk“ erklärt und denselben von vorn herein so entschieden selbst die Discussionfähigkeit abgesprochen, daß von dieser Seite auf Unterstützung bei einer Verbesserung des Entwurfs nicht zu rechnen ist. Ebenso hat sich das Centrum sowohl in vielen Fällen bei den Wahlen als durch den Mund der „Germania“ absolut ablehnend gegen jedes Socialistengesetz, und insbesondere das vorliegende, erklärt. Selbstverständlich werden sich auch die kleineren oppositionellen Gruppen, Demokraten, Socialdemokraten, Polen, Welfen, eltsässische Protestler und dergleichen rein negativ verhalten. Die Gesamtheit dieser Stimmen wird schon ziemlich nahe an die Hälfte des Reichstags heranreichen, und es ist daher, soll nicht wieder ein rein negatives Votum erfolgen und damit aller Voraussicht nach das Signal zu einer neuen Auflösung des Reichstags gegeben werden, erforderlich, daß sich mit den conservativen Fractionen, deren Geneigtheit zu jedem Gesetze gegen den Socialismus außer Frage steht, die Nationalliberalen in ziemlich geschlossener Zahl vereinigen. Die nationalliberale Presse hat sich in richtiger Würdigung der ungemein weitreichenden Tragweite dieser Frage bis jetzt sehr zurückhaltend und vorsichtig ausgesprochen. Es ist ungemein

billig, sich mit einigen salminanten Phrasen über Reaction der Pflicht zu erheben, überhaupt ernstlich nachzudenken, was die Gesetzgebung thun kann, um der Gefahr einer immer weiteren Vergiftung unseres ganzen Volkslebens vorzubeugen. Es ist eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben, unsere politischen Freiheiten zu schützen und doch einem allgemein anerkannten Mißbrauch derselben zu verwehren. Zwischen diesen, wenn nicht geradezu gegenläufigen, so doch schwer zu vereinbarenden Bestrebungen die Verschönerung zu finden, muß einwilligen dahingestellt bleiben. Es muß dies Sache einer ernstlichen, gewissenhaften und sorgfältigen Prüfung und Abwägung aller Interessen sein, die bei diesem ungemein umfassenden und tiefgreifenden Problem in Betracht kommen. Der Reichstag wird es an einer solchen gründlichen und allseitigen Abwägung nicht fehlen lassen, und insbesondere wird die nationalliberale Partei sich bemühen, daß es ihre Pflicht vor allen anderen Parteien ist, den errungenen Schatz an politischer Freiheit nicht ohne dringende Noth schmälern zu lassen, auf der andern Seite aber auch die Grundlagen unserer staatlichen und sozialen Ordnung gegen Zerstörung und Umsturz zu schützen. Es wird sorgsam und allseitig zu erwägen sein, wie die Bedenken, die sicherlich auch gegen den vorliegenden Entwurf reichlich genug sich erheben, gemildert oder beseitigt werden können. Damit aber, daß man schon zwei Stunden nach der Veröffentlichung des Entwurfs mit seiner Kritik fertig ist und erklärt, die Arbeit sei rettungslos und unheilbar mißrathen, fördert man eine ernste und gewissenhafte Behandlung einer Angelegenheit nicht, die zu den denkbar wichtigsten gehört, die nur an die Gesetzgebung herangetragen können.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. August.
Ueber das Befinden des Kaisers meldet das „W. L. V.“ aus Leipzig, 16. August: Se. Majestät der Kaiser und die Großherzoglich badische Familie machten gestern eine Ausfahrt am Schloßberg vorbei nach Suchen und Wachsen. Der Kaiser nahm heute ein Armwasserbad; das Befinden Allerhöchstdeselben ist ein zufriedenstellendes.
Unser „Correspondent“ schreibt uns: Leipzig, 16. August. Seit der Anwesenheit unseres allberühmten Kaisers ist Leipzig der Zielpunkt vieler Reisen geworden. Oestern waren in allen größeren Hotels die Zimmer vollständig besetzt, so daß die Fremden oft mehrere Gasthöfe aufsuchen mußten, ehe sie Unterkommen fanden. Heute hat der Kaiser infolge des regnerischen Wetters seine gewöhnliche Morgenpromenade nicht gemacht; aber als er sich gegen Mittag am Fenster zeigte, bezeugte ihm die unten harrende Menge wiederholt ihre Ehrerbietung durch das Abnehmen der Hüte. Der hohe Patient sieht sehr wohl aus und erwiderte die ihm freundlich gebrachten Grüße durch freundliches Lächeln. Seine beiden Entel, die Prinzessin Victoria und der Prinz Friedrich unternahmen in Begleitung eines Adjutanten und einer Kammerfrau eine Spazierfahrt, von der sie um 12 Uhr zurückkehrten. Auch der Großherzog von Baden und seine Gemahlin unterliegen heute die gewöhnliche Morgenpromenade.
Mit der Stichwahl im 4. Berliner Wahlkreise ist auch die Reichshauptstadt in die Reihe derjenigen Städte getreten, die einen socialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstag entsenden.

Der Bormurr, daß in diesem Wahlkreise die conservativen Parteien aus Abneigung gegen den Fortschrittswahl in größerem Umfang ihre Pflicht, unter allen Umständen den socialistischen Candidaten zu bekämpfen, vernachlässigt hätten, wie es z. B. in Breslau der Fall war, scheint uns nicht hinlänglich begründet. Die Zahl socialdemokratischer Wähler in diesem Wahlkreise übersteigt eben nicht diejenige der Ordnungsparteien. Immer mehr verringert sich der Verlust, den die socialistische Vertretung im Reichstage nach dem ersten Wahlgang finden zu sollen schien, schon wird man auf 8 bis 9 socialistische Abgeordnete mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit rechnen müssen.

Weitere Ergebnisse beider Stichwahlen: Frankfurt a. O.: In dem hiesigen 4. Wahlkreise sind bis jetzt für v. Rosenfeld (cons.) 1788 St. und für G. Strauß (nat.-lib.) 4626 St. gezählt. Ein ländlicher Wahlkreis fehlt noch. — Gotha: Die bis jetzt vorliegenden Zählungen über das Ergebnis der hier stattgehabten Stichwahl ergeben eine Majorität für Rechtsanwalt Müller (Fortschr.). Aus einer größeren Anzahl von ländlichen Wahlbezirken ist das Resultat noch nicht ziffermäßig bekannt. — Breslau: Nach den amtlichen Feststellungen wurden bei der hiesigen Stichwahl (Breslau-Westen) im Ganzen 19,125 St. abgegeben. Davon erhielt Schriftsteller Heinrich Bürger (Fortschr.), welcher gewählt ist, 10,217, Julius Kraeler (Soc.) 8819. — Bei der Stichwahl im Wahlkreise Breslau-Osten, wo Reinders (Soc.) gewählt wurde, betrug die Zahl der abgegebenen Stimmen 19,207; davon erhielt Reinders (Soc.) 9316, ungültig waren 120. — Hildesheim: Amtliches Ergebnis der Stichwahl im 10. hannoverschen Wahlkreise: Abgegeben 19,638 St.; Senator Kömer (nat.-lib.) mit 10,688 St. gewählt gegen Gutdieser Dröge (Centr.), der 8950 St. erhielt. — Ascherleben: Bei der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise hat der Kreisrichter Trautmann (nat.-lib.) rund 14,000 St., Amtsrath Diezle (deutsche Reichspartei) rund 10,000 St. erhalten. Der Erstere ist somit zum Reichstagsabgeordneten gewählt. — Rottweil: Amtliches Ergebnis der Stichwahl im 9. württembergischen Wahlkreise: Abgegeben 17,420 St.; Schönbärber Ludwig Schwarz in Ehingen (Fortschr.) mit 10,430 St. gewählt gegen Fabrikant Martin Benzling in Rottweil (Reichspartei), welcher 6960 St. erhielt. — Freiberg: Bei der im 9. sächsischen Wahlkreise stattgehabten Stichwahl sind nach den bisherigen Zählergebnissen 7377 St. für den Schriftsteller Max Kaiser (Soc.) und 6409 St. für Aug. Venzig (nat.-lib.) abgegeben worden. Der erstere ist zweifelsohne als gewählt zu betrachten.

Die Pforte spielt ein eigentümliches Spiel: in einer Note an die Mächte erklärt sie, daß sie niemals das Princip einer Grenzberichtigung Griechenlands gegenüber anerkannt habe. Weiter macht sie nicht nur Schwierigkeiten wegen der Forderung Bosniens, sondern auch wegen der in Kleinasien einzuführenden Reformen, indem sie mit Kenglichkeit Alles zu verhindern sucht, was auch nur den Schein einer Vereinträchtigung ihrer Souveränität involviren könnte. Gleichwohl hat sie nicht die souveräne Kraft, die Uebergabe Batusms an Rußland, gemäß dem Berliner Vertrage, zu vollziehen.
Die ein Wiener'sches Telegramm wissen will, wäre nunmehr eine österreichisch-ungarische Convention bezüglich der Occupation Bosniens abgeschlossen worden. Oesterreich soll darin, ange-

sichts des jähren Widerstandes der bosnischen Bevölkerung, wichtige Concessionen gemacht und z. B. in verschiedenen Artikeln die Souveränität der Pforte in Bosnien anerkannt haben. Es steht dies in directem Widerspruch mit dem gestern an dieser Stelle citirten Telegramm der National-Zeitung, wonach Graf Andrássy eine ausdrückliche Anerkennung der Souveränität seitens Oesterreichs nicht für discutirbar halte. Ob ferner wirklich der Widerstand, den die österreichische Armee in Bosnien findet, Oesterreich so schnell veranlaßt haben kann, sich nachgiebiger zu zeigen, will uns nicht recht wahrscheinlich dünken. Wahr ist es, daß der Umkle Flügel der Occupationarmee fortgesetzt große Schläppen erlitten hat und erst neuerdings nach einem heftigen Kampfe Graonica hat verlassen und sich nach Doboj zurückziehen müssen.

Obgleich die officiellen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien fortgesetzt als die besten bezeichnet werden, die Belgrader Regierung sich in Loyalitätsversicherungen förmlich überbietet und namentlich die größte Bereitwilligkeit zu wirtschaftlichen Concessionen zeigt, macht sich immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß der Widerstand im Drinagebiet von Belgrad unterdrückt wird. Man führt für diese Auffassung namentlich an, daß der Insurgentenführer Despotovich mit den Mohamedanern Frieden machte. Die Insurgenten von Vubine in der Herzegovina, deren massenhaftes Auftreten in Stocac beunruhigte, haben notorisch vielen Halt an Montenegro. Die österreichische Garnison von Stocac ist so verstückt, daß ein weiteres Vordringen der Insurgenten nicht für möglich gehalten wird.

Aus Moskau schreibt der Specialcorrespondent der Wiener „R. Fr. Pr.“ vom 15. d., daß in der Herzegovina eine zur Recognition entsendete Compagnie des 82. Infanterie-Regiments bei Rabnice von zahlreichen Insurgenten überfallen und ähnlich wie die Husaren bei Naglaj zugerüdet worden ist. Es ist betäubend, zu hören, daß von dieser Compagnie vorläufig nur dreißig Mann mit einem Officier eingetroffen sind. Wenn man auch hoffen darf, daß sich noch eine Anzahl Versprengter nach und nach ihrem Regimente wieder einfinden wird, so ist doch jedenfalls der Verlust ein großer und schmerzlicher. Der Ort Rabnice, bei dem der Ueberfall stattfand, liegt an der Straße von Stocac nach Vubine, etwa acht Kilometer südlich von Stocac. Vubine selbst ist etwas über zwanzig Kilometer von Stocac entfernt; westlich von der Bina-Planina ist ein Marktflecken von fünfzehnhundert Einwohnern mit einem alten verfallenen Café. Vubine hat in den letzten Insurrectionskämpfen in der Herzegovina eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt und ist damals oft genannt worden. Die Freischärler, welche die unglückliche 8. Compagnie des 82. Regiments überfallen haben, müssen in sehr starker Anzahl aufgetreten sein, da die von Stocac herbeigekommenen fünf anderen Compagnien des Regiments nicht im Stande waren, gegen dieselben vorzugehen. Daß man nach der Erfahrung von Naglaj abermals eine so schwache Truppe vereinzelt vorgehen ließ, ist fast nicht zu begreifen, zumal da man schon seit einigen Tagen in Stocac wissen mußte, daß sich in der Gegend von Vubine bedeutende Freischarenbanden angesammelt hatten. Vielleicht hat man sich wieder durch scheinbare Freundschaft der Bewohner täuschen lassen und ist so in eine Falle geraten.

Die „Polit. Corresp.“ bringt folgende Meldungen. Aus Belgrad vom 16. d.: Nach Versicherungen der serbischen Regierung hat die Auf-